

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 104 (2010)
Heft: 7-8

Artikel: Das Jahrhundert der Mutter Erde : alternative Klimakonferenz der Völker in Bolivien
Autor: Spiller, Marianne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390163>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

• An der alternativen Klimakonferenz nahmen neben vielen BolivianerInnen auch über 10 000 TeilnehmerInnen aus 142 Ländern teil, unter ihnen Wissenschaftler, Gewerkschafter, linke Intellektuelle und viele AktivistInnen, zu denen meine Kollegin Ivete Caribé da Rocha und ich vom Serpaj Brasilien gehörten. Dank unserer Freundschaft mit der bolivianischen Wasserexpertin Maria Ester Udaeta, die vor drei Monaten von Evo Morales zur Ministerin für Wasser und Umwelt berufen worden war, hatten wir einen privilegierten Zugang zum ganzen Geschehen.

Mit ihren in allen Farben des Regenbogens schillernden Fahnen und bunten Tüchern beherrschten aber die VertreterInnen der indigenen Völker Boliviens das Bild. Nach Jahrhunderten grausamster Ausrottung, Plünderung, Unterdrückung und Demütigung durch die spanische Kolonialherrschaft waren sie, erhobenen Hauptes, allgegenwärtig und nahmen dank der erfolgreichen Alphabetisierung und politischen Bildung aktiv und teilweise führend an den Debatten und der Erarbeitung der Forderungen der Arbeitsgruppen teil. Das bunte Treiben und die ganze Stimmung am Kongress erinnerte in vielem an das Weltsozialforum. Während jedoch das Weltsozialforum keine offiziellen Erklärungen abzugeben pflegt, wollte Evo Morales mit Hilfe aller TeilnehmerInnen klare Abschlusserklärungen bekommen. Es geht ihm darum, seitens der Sozialbewegungen einen starken Rückhalt für seine Haltung zum Klimawandel zu erreichen, um seinen Forderungen vor der UNO Nachdruck zu verleihen. Ganz konkret geht es um die Vorbereitung der nächsten UN-Klimakonferenz, der COP 16, die im Dezember in Cancún, Mexiko, stattfinden wird. Dort will Morales verschiedenen Vorschlägen Geltung verschaffen: einer universellen Erklärung der Rechte der Mutter Erde, der Schaffung eines internationalen Klima- und Umweltge-

Marianne Spiller

Das Jahrhundert der Mutter Erde

Alternative Klimakonferenz der Völker in Bolivien

Nachdem die Uno-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 kein befriedigendes Resultat gebracht hatte, reagierte der bolivianische Staatspräsident Evo Morales im richtigen Moment schnell und entschlossen mit der Einberufung einer alternativen Klimakonferenz, zu der auch Regierungen, in erster Linie jedoch soziale Bewegungen eingeladen waren. Es war das erste Mal, dass eine solche Konferenz unabhängig von der UNO mit grossem Einsatz und Erfolg über die Bühne ging. Evo Morales und seine Equipe waren selber überrascht über die grosse Wirkung der Einladung. Während sie anfänglich fünf- bis zehntausend Menschen erwartet hatten, folgten schliesslich 35 000 TeilnehmerInnen der Einladung nach Cochabamba, allen voran Indigene aus Bolivien und einigen Nachbarstaaten. 47 Länder schickten RegierungsvertreterInnen.

richtshofs und der Durchsetzung eines Weltreferendums zu Fragen der Klimagerechtigkeit und der Rüstungsausgaben.

Der brasilianische Theologe Leonardo Boff, aktiver Teilnehmer an der Konferenz sagte: «Die Weltklimakonferenz in Kopenhagen führte zu keinerlei Konsens, weil sie durch die Logik des Kapitals und nicht durch die Logik der Ökologie bestimmt war. Die anwesenden Abgeordneten und Staatsoberhäupter vertraten viel mehr ihre ökonomischen Interessen als die Interessen ihrer Völker. Die Frage, die sie beschäftigte, war: »Wie viel weniger verdiene ich, wenn ich ökologische Bestimmungen akzeptiere, die den Planeten entlasten und dadurch die Bedingungen für die Kontinuität des Lebens garantieren sollen? Nicht das Ganze, das Leben und die Erde, war wichtig, sondern die privaten Interessen der einzelnen Länder».

Die Logik der Ökologie hingegen ist dem kollektiven Interesse verpflichtet, indem sie das Gleichgewicht zwischen dem Menschen und der Natur, zwischen Produktion, Konsum und der Fähigkeit der Rekombination der Ressourcen und Leistungen der Erde berücksichtigt. Wenn diese Gleichung gebrochen wird, was die kapitalistische Produktion schon seit Jahrhunderten macht, treten nicht gewünschte Folgen auf. Zu diesen sogenannten externen Faktoren zählen: Verwüstung der Natur, schwere soziale Ungerechtigkeit, Vernachlässigung der Bedürfnisse künftiger Generationen und der irreversible Effekt des Erderwärmung, durch welchen, im Ernstfall, alles verloren gehen kann.

In Cochabamba, Bolivien, wurde das genaue Gegenteil sichtbar: ein Triumph der Logik der Ökologie und des Lebens. Im Zentrum standen die Erde, Pacha Mama, grosse Mutter, genannt, ihre Würde und ihre Rechte, das Leben in seiner ganzen Vielfalt (unter Ausschluss jeglichen Antropozentrismus') und unsere gemeinsame Verantwortung hin-

sichtlich der ökologischen, sozialen und spirituellen Bedingungen, welche es uns erlauben, ohne Bedrohung auf diesem Planeten zu leben.»

Die universelle Erklärung der Rechte der Mutter Erde, die Evo Morales fordert, soll die im Jahre 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigte UN-Menschenrechtscharta ergänzen.

Das 20. Jahrhundert sei das Jahrhundert der Menschenrechte gewesen, sagt Morales. Es wurde für die Rechte der ArbeiterInnen der Kinder, der Frauen, der Behinderten, der Schwarzen etcetera gekämpft. Das 21. Jahrhundert werde das Jahrhundert der Rechte der Mutter Erde sein. Es habe keinen Sinn, weiter für die Menschenrechte zu kämpfen, wenn nicht zuerst die Rechte der Mutter Erde gesichert seien, sagt er.

Die Erklärung der Rechte der Mutter Erde ist nichts anderes als eine Erklärung zur Begrenzung des Unrechts, das der Mensch seiner Mutter, der Erde, antut, wenn er sie zur Ware macht und sie ausbeutet und zerstört. Um dieser Erklärung Wirkung zu geben, fordert Morales als zweites die Schaffung eines Internationalen Gerichtshofes für Klimagerechtigkeit und Umwelt. Damit nimmt er ein Projekt auf, das der mit ihm seit dreissig Jahren verbundene argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel schon seit langem verfolgt. Esquivel ist Präsident einer Internationalen Akademie der Wissenschaften mit Sitz in Venedig (www.iaes.info), welche sich für dieses Projekt stark macht. Unabhängig von der Aktion in Venedig ist in Grossbritannien ebenfalls eine Initiative im Gang, die ICE Coalition, die dasselbe Ziel der Schaffung eines Internationalen Umweltgerichtshofes im Auge hat (www.environmentcourt.com).

Nun, wie sieht das Leben in einer Welt aus, die die Rechte der Mutter Erde achtet?

Der bolivianische Aussenminister

David Choquehuanca, der Vordenker des bekannten Konzepts des «Bem Vivir», des «guten oder richtigen Lebens», welches an die traditionelle Weltsicht der UreinwohnerInnen im Andenraum anknüpft, sagte dazu: «Für den Kapitalismus ist das Geld das Wichtigste. Für den Sozialismus ist der Mensch das Wichtigste. Für uns Indígenas ist das

Leben mit den Bergen, den Flüssen, den Wäldern, den Pflanzen und Tieren das Wichtigste. Der Mensch kommt zuletzt.» Er schlägt einen radikalen Übergang von einer anthropozentrischen zu einer biozentrischen oder physiozentrischen Weltsicht als möglichen Weg vor, der aus der zivilisatorischen Krise herausführen soll. ●

Marianne Spiller lebt in Brasilien und leitet dort ein Heim für ehemalige Strassenkinder. Sie unterhält seit Jahren intensive Kontakt zu namhaften VertreterInnen der Befreiungstheologie (abai@terra.com.br)

Im Doppel und gespalten

Ich habe keine Veranlagung zur Schizophrenie. Gott sei Dank.

Aber die Gefahr, mich doppelt, wohl doppelbödig zu verhalten, die kenne ich, als Politikerin, als nicht immer mutiger Mensch, als Zeitgenossin, wo so Vieles beliebig geworden ist.

Es gibt ein Grundrecht auf Gleichbehandlung. Mit einer Selbstverständlichkeit, die man auch noch für superklug hält, wird der Ausschaffungsinitiative der SVP ein Gegenvorschlag entgegengestellt, den auch die Linke unterstützt. Jaja, ich weiss... Aber wollen wir zweierlei Recht in unserem Staat: eines für die straffälligen SchweizerInnen und eines für die straffälligen AusländerInnen?

Es gibt ein Grundrecht auf Familienzusammenführung. Mit der Annahme auch des Gegenvorschlags ist es möglich, dass Familien getrennt werden, weil ein Mitglied straffällig geworden ist. Ein junger Mann zum Beispiel der noch nie in seinem Herkunftsland gewesen ist, in das er abgeschoben wird.

Es gibt ein Menschenrecht auf Ehe. Mit aller Selbstverständlichkeit werden heute die Standesämter verpflichtet, Heiratswillige, von denen ein Partner, eine Partnerin ausländischer Herkunft ist, zu prüfen, ob sie es wirklich ernst meinen. Der Verdacht auf eine Scheinehe steht also an erster Stelle. Jaja, ich weiss...

Aber Du lieber Himmel, sind wir denn soooo überzeugt, dass alle SchweizerInnen mit einem gleichlautenden Pass ... ach was.

Es gibt das Völkerrecht, in dem sich die Schweiz in der ganzen Geschichte besonders verpflichtet hat. In diesem Völkerrecht sind die Regeln für den Umgang mit Menschen ohne Pass, ohne Papiere und ohne Zukunft geregelt. Wir machen – legal, ich weiss – definitiv ganz anderes. Niemand stört sich. Die nächsten Verschärfungen, sprich Verschlechterungen, sind schon angekündigt.

Ich bin Pragmatikerin, natürlich. Kompromisse müssen sein. Nur, wo hört das auf?

Ich erinnere mich, wie ich als junges Mädchen meine Eltern gelöchert habe: Habt ihr denn nichts gemerkt, als das alles anfang, mit dem Faschismus, mit den Verschärfungen für die Juden auch bei uns, für die Abschiebungspolitik in den sicheren Tod und... und... Meine Eltern waren betroffen, ratlos, ja, man hatte schon oft und oft ein ungutes Gefühl, aber...

Hoppla, ich bin gespalten, habe ein Doppel, mein Doppel...

Ich suche Verbündete, die hinstehen und fragen: Wissen wir, was wir tun? Wollen wir das wirklich, oder ist es einfach der bequemere Weg? Fundi, Dogmatikerin will man, frau ja nicht sein, klar. Oder müssten wir? Monika Stocker